

# „Bloß die Dealer zu verjagen – das reicht nicht“

VON CHRISTIANE BEYER

Lüchow-Dannenberg. Wer als Jugendlicher im Landkreis Cannabis für einen Joint braucht, weiß durchaus, wo er fündig werden kann. Wer etwa die „richtigen“ Leute kennt, kann schnell handelseinig werden. Manchmal auf dem Schulgelände – dann gern auf den Schultoiletten –, manchmal in direkter Nähe der Schule, vor den Supermärkten, dem Busbahnhof oder auch am See oder auf dem Deich. Das wissen die Schulen, die Eltern – die übrigens einer Generation angehören, die weiß, was ein Joint ist und von denen manch einer wohl auch Erfahrung auf diesem Gebiet hat –, die Polizei und die Suchtberatung des Paritätischen in Dannenberg. Und dort sagen sie unmissverständlich: In ganz Deutschland gibt es keine drogenfreie weiterführende Schule.

Laut niedersächsischem Innenministerium gab es im Jahr 2015 – das sind die letzten verfügbaren Zahlen – 348 Drogendelikte an den Schulen im Lande. Dabei ging es zumeist um den Erwerb, Besitz oder Handel mit Cannabis. Einen solchen Fall gab es laut Polizei in Lüchow-Dannenberg nicht. Die Leitungen der hiesigen weiterführenden Schulen gehen nicht davon aus, dass gerade ihre Schule frei von Drogen sein könnte, „aber man hat nie einen erwischt“, heißt es. Dass einer am Ende einer Unterrichtsstunde, wie vor einigen Jahren an einer hiesigen Schule geschehen, demonstrativ einen Joint dreht, war offensichtlich die provokative Ausnahme – und wurde disziplinarisch, mit einem Elterngespräch und der Auflage geahndet, zur Suchtberatung zu gehen. Die Polizei wurde bei diesem Fall nicht eingeschaltet.

Allerdings ist das Thema Drogen an Schulen unlängst wieder aufgekommen. Zuerst war da ein „unangemessener Alkoholkonsum“ auf dem Schulgelände, und den dafür verantwortlichen Schülern aus dem 12. Jahrgang wurde auferlegt, einen Suchtberatungs-Infotag für die 9. Klassen zu organisieren. Sie selbst

Erwischt wird nur selten jemand, aber auch Lüchow-Dannengerger Schulen sind nicht drogenfrei

wurden offenbar in eigener Sache nicht zur Suchtberatung des Paritätischen geschickt. Und dann erreichten die Schulleitung Hinweise von besorgten Eltern, „dass Drogen auf dem Schulgelände eine Rolle spielen“ – mit dem Wort Drogen war hier offensichtlich nicht Alkohol, sondern Cannabis gemeint. Es waren, so heißt es aus der Schule, eher vage Hinweise auf Konsum von Schülern, ob auf dem Schulgelände auch gehandelt wurde, wisse man nicht. Die Schulleitung beriet sich daraufhin mit der Polizei. Die wollte wiederum konkretere Hinweise, die die Schule nicht liefern konnte. Denn Namen nennen und sagen, wer was wann wo raucht, trinkt oder gar verkauft, wollten weder die Jugendlichen, noch die ängstlichen Eltern. Die Schule fühlt sich offensichtlich nun etwas hilflos, hat die Aufsicht führenden Lehrkräfte sensibilisiert, genauer hinzuschauen.

„Bloß die Dealer zu verjagen – das reicht nicht“, sagt Susanne Guhl, die Leiterin der Suchtberatung des Paritätischen in Dannenberg. Sie und ihre Kollegen Holger Komoß und Ingo Stöckel werden immer mal wieder an die Schulen eingeladen, entweder zu Projekttagen, bei denen es dann um das Thema Drogen geht, oder auch als „logische Konsequenz“, wenn das „Drogenproblem“ irgendwo in Schulnähe virulent wird. „Dann sollen wir eine Stunde lang mal was über Sucht erzählen – eine Solitärveranstaltung“.

„Drogenproblem“ – das ist das Wort, bei dem Guhl immer nachfragt: „Was meint ihr?“ Eltern denken dann meist an Cannabis & Co., dabei sei Alkohol das größere Problem: „Keine Frage, einmal kiffen ist illegal, aber unter 18 einmal Schnaps trinken, ist auch illegal“. Aus ihrer Arbeit wissen sie, dass Bier und Schnaps

von 13-, 14-Jährigen das erste Mal getrunken wird, durchaus auch in Anwesenheit von Erwachsenen. Dass Eltern mit ihrem Kind zur Suchtberatung kommen, „weil das zuviel trinkt“, sei die absolute Ausnahme. Dabei habe das regelmäßige Vordieseln vor der Disco und auch das Koma-saufen zugenommen. Dafür sei die elterliche Panik um ein Vielfaches größer, wenn einer seinen ersten Joint geraucht habe oder auch nur Freunde habe, die das tun. „Die Wahrnehmung der Gefährlichkeit stimmt nicht“, sagen die Suchtberater. Und es sei ein Mythos, dass einer, der einmal gekiffert habe, zwangsläufig am Ende am Bahnhof Zoo lande. Das sei keine Verharmlosung, sondern eine Klarstellung. Wer mit 15 kiffe oder sich regelmäßig besaue, habe sicher noch ganz andere Probleme.

Schlagzeilen wie „Dealen in der Pause“ seien ein Hingucker, verengten aber den Blick – auch auf das Thema Süchte, so Guhl, Komoß und Stöckel. Dazu zählten nicht nur Alkohol und illegale Drogen, sondern auch pathologischer Computer- und Internetgebrauch oder Ess-Störungen.

Suchtprävention sei eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Das werde im Landkreis auch so verstanden und praktiziert, schon vom Kindergarten an, von der Jugendpflege, von Vereinen. Das Ziel sind starke, informierte, aufgeklärte Kinder und Jugendliche, die Nein sagen können, die Alkohol gar nicht (und wenn sie älter sind, nur in Maßen) trinken, die abwinken, wenn der Joint die Runde macht, die keine Aufputzmittel brauchen. Sehr kritisch sehen es Guhl und Kollegen, wenn Eltern ihre Kinder vor die Spielkonsole setzen, damit sie ihre Ruhe haben, oder wenn Kinder schon nach der Kita das erste Handy bekom-

men. Womöglich sind das dann diejenigen, die später nicht Nein sagen können. In der Suchtberatung haben sie es vermehrt mit Computersüchtigen zu tun.

Innerhalb dieser Suchtprävention vor Ort sieht sich die Fachstelle Sucht als wichtigen Baustein – auch für Schulen stehen Susanne Guhl, Holger Komoß und Ingo Stöckel als Ansprechpartner für die Planung und Durchführung von Präventionsveranstaltungen, bei denen Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Eltern bei der Umsetzung begleitet werden können. Wichtig ist dabei, sagen Guhl und ihre Kollegen, die Integration des Themas Sucht in größere Unterrichtseinheiten, wie sie etwa eine Projektwoche bieten kann. Suchtprävention ist mehr als ein „Ihr dürft nicht“, sondern neben der Information über Suchtentwicklung und Suchtmitteln sei es vor allem wichtig, Jugendlichen die Kompetenz zu vermitteln, in Gefährdungssituationen angemessen zu reagieren.

Suchtprävention per Abschreckung und mit erhobenem Zeigefinger funktioniere nicht, sagt Guhl. Allerdings gibt es eine Ausnahme: Denn wer als Jugendlicher (und auch als Erwachsener) auch nur ein einziges Mal mit Cannabis erwischt wird, „für den ist der Führerschein ganz weit weg“, sagt Guhl. Entscheidend dabei ist der Kontakt (Erwerb, Besitz, Konsum, Weitergabe oder Handel) mit illegalen Drogen, und nicht, ob jemand vollgekiffert am Straßenverkehr teilnahm. Die Straßenverkehrsbehörde bekommt eine Ablichtung der Anzeige. Wer dann den Führerschein haben will, muss zunächst ein Jahr Abstinenz beweisen – und der Wirkstoff TCH ist mehrere Wochen nach dem Konsum nachweisbar – und außerdem zu einer „Medizinisch-Psychologischen Untersuchung (MPU), dem sogenannten Idiotentest. „Das Führerschein-Argument, das zieht“. Leider passiert, wenn jemand komatös betrunken aufgefunden werde, nichts dergleichen.